

Resolution

SPD-Bezirksparteitag Hannover 15./16. Juni 2007

Niedersachsendgerechter – Perspektiven für unser Land

Niedersachsen muss gerechter werden.

Nicht nur die handwerklichen Fehler der Regierung Wulff schaffen Ungerechtigkeit. Es sind die Tabuisierung wichtiger Themen, die Rückwärtsgewandtheit – z.B. in der Bildungspolitik – und die Konzeptionslosigkeit hinsichtlich zukünftiger Herausforderungen. Niedersachsen braucht eine andere Mehrheit und eine Landesregierung, die diesem Land gerecht wird.

Am 27. Januar 2008 finden die Wahlen zum Niedersächsischen Landtag statt. Wir zeigen in den kommenden Monaten, dass die niedersächsische SPD die besseren personellen und inhaltlichen Alternativen zu der jetzigen Landesregierung bietet.

Die Grundlagen hierfür sind gegeben: Auf dem Landesparteitag im Juni letzten Jahres hat die niedersächsische SPD ein Bildungskonzept verabschiedet, das die Grundlage für die Bildungspolitik der SPDgeführten Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode bildet. Im April dieses Jahres wurde ein wirtschaftspolitisches Konzept vorgelegt. Und zum Landesparteitag im Juni wird der Entwurf für das Landtagswahlprogramm vorliegen, der auf einem weiteren Parteitag im November – nach einer intensiven öffentlichen Diskussionsphase – beschlossen werden soll.

Bereits in den letzten Monaten haben wir einige Schwerpunkte unserer Arbeit deutlich gemacht:

- Frühkindliche Bildung muss Priorität bekommen. Niedersachsen darf nicht länger Schlusslicht bei der Betreuung der unter 3-jährigen sein. Wir wollen den Ausbau der Krippenplätze beschleunigen. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern und wir wollen mittelfristig die Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre.
- Kinderschutz und die Förderung von Kindergesundheit muss ein Schwerpunkt werden. Deshalb haben wir die Auflage eines Programms „Kinder schützen – Kindergesundheit fördern“ vorge schlagen.
- Ein Schulsystem muss Chancengleichheit ermöglichen und der Förderung der Schülerinnen und Schüler Priorität einräumen, unabhängig von den Voraussetzungen und der Förderung durch das Elternhaus.
- Bildung und Qualifizierung ist ein Schwerpunktthema. Wir müssen die Qualifizierungschancen unserer Kinder und junger Menschen verbessern und damit gleichzeitig das Innovationspotential für niedersächsische Betriebe aufbauen. Studiengebühren für das Erststudium werden wir abschaffen und durch Mittel des Landes ersetzen.
- Wir werden für die wachsende Zahl älterer Menschen die Voraussetzungen auf eine selbstbestimmte Lebensführung und Teilhabe schaffen. Pflegebedürftige Menschen und deren Familien und Angehörige muss die notwendige Unterstützung zuteil werden.
- Wir werden für Menschen mit Behinderungen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie gleichberechtigt teilhaben am Leben in der Gemeinschaft und ihr Mitbestimmungsrecht in Politik und Gesellschaft wahrnehmen können.
- Die niedersächsische Wirtschaft muss durch gesteigerte Investitionsmittel angekurbelt werden. Wir stellen mehr finanzielle Mittel bereit für den Ausbau der Infrastruktur, für Innovationen und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien muss wieder auf die politische Tagesordnung. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist nicht nur der Schlüssel zur Energiewende in Deutschland. Er ist wichtiges Element zum Klimaschutz. Und er ist ein zentraler Aspekt im Hinblick auf ökonomische Innovation und die Schaffung von Beschäftigung.

- Der Regionalverkehr muss erhalten bleiben und die wegfallenden Regionalisierungsmittel durch Landesmittel kompensiert werden. Wir unterstützen daher die Volksinitiative „Keine Kürzungen bei Bus und Bahn in Niedersachsen!“.
- Der demografische Wandel erfordert aktives Handeln des Landes und der Kommunen. Wir werden für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Niedersachsens sorgen.
- Wir fordern die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland. In Deutschland arbeiten ca. 2,5 Millionen Beschäftigte für Löhne, die weniger als 50% des Durchschnittslohnes betragen, und damit für so genannte Armutslöhne. Hinzu kommen weitere 8 Millionen Erwerbstätige in prekären Einkommenssituationen.

Niedersachsen muss gerechter werden. Unsere Schwerpunkte zeigen den Weg auf.

Das Ziel ist klar: Die niedersächsische SPD streitet für eine andere Mehrheit in diesem Land - für den Regierungswechsel bei der Landtagswahl 2008, für eine niedersachsendgerechtere Politik, für Perspektiven für dieses Land!